Nr. 643. 46. Jahrgang — Abend-Ausgabe — Dienstag, 18. Dezember 1917

Berliner Tageblatt
und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Erfolge zwischen Piave und Brenta

Amtlich. Großes Hauptquartier, 18. Dezember.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei Sturm und Schneetreiben blieb die Artillerietätigkeit mäßig. In Flandern und westlich von Cambrai trat am Abend geringe Feuersteigerung ein.

Erkundungsabteilungen brachten an der englischen Front, nordwestlich von Pinon, auf dem Ostufer der Maas und südöstlich von Thiaucourt eine Anzahl Engländer und Franzosen ein.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Im Cerna-Bogen und zwischen Vardar und Doiran-See lebte das Feuer zeitweilig auf.

Italienische Front.

Zwischen Brenta und Piave vielfach lebhafte Artillerietätigkeit. Oestlich vom Monte Solarolo wurden Teile der feindlichen Stellung genommen.

Der Erste Generalquartiermeister.

Ludendorff. (W. T. B.)

*

Wien, 18. Dezember. (W. T. B.)

Amtlich wird verlautbart: Oestlicher Kriegsschauplatz: Waffenstillstand.

Italienischer Kriegsschauplatz: Zwischen Piave und Brenta erfolgreiche Gefechtstätigkeit.

Der Chef des Generalstabes.

Vor den Friedensverhandlungen.

Der Reichskanzler Graf Hertling und der Staatssekretär des auswärtigen Amts Dr. v. Kühlmann sind gestern abend 7,32 Uhr vom Anhalter Bahnhof zum Großen Hauptquartier abgereist. Die Besprechungen, die dort stattfinden werden, werden natürlich den bevorstehenden Friedensverhandlungen mit Rußland gelten. Den Reichskanzler begleiten auf dieser Reise der Unterstaatssekretär der Reichskanzlei, Herr v. Radowitz, und sein Adjutant, Rittmeister Graf Hertling. Am Donnerstag werden Graf Hertling und Herr v. Kühlmann wieder in Berlin sein, und sie werden dann nachmittags um 3 Uhr im Reichskanzlerpalais eine Besprechung mit den Führern der Reichstagsfraktionen haben. Alle Fraktionen, zum ersten Male auch die Unabhängigen Sozialdemokraten, für die der Abgeordnete Haase erscheinen dürfte, haben Einladungen zu dieser Konferenz erhalten. Der Reichskanzler und der Staatssekretär dürften den Parteiführern die Grundlagen mitteilen, nach denen die Friedensverhandlungen geführt werden sollen. In dieser Unterredung dürfte dann auch der Termin für die Einberufung des Hauptausschusses festgesetzt werden, dem die Ergebnisse der Friedensberatungen vorgelegt werden müssen. Man muß erwarten, daß die Fraktionsführer in dieser Angelegenheit eine Regelung erwirken werden, die es dem Hauptausschuß möglich macht, rechtzeitig zu den in Brest-Litowsk zur Erörterung gelangenden Fragen Stellung zu nehmen. Bald nach dieser Konferenz dürfte Herr v. Kühlmann sich nach Brest-Litowsk begeben. Wer ihn dorthin begleiten, ob ein umfangreicher Stab von Diplomaten und Beamten an den Verhandlungen in Brest-Litowsk teilnehmen oder ob der Staatssekretär nur in Begleitung der ihm gewöhnlich attachierten Mitarbeiter und Sekretäre reisen wird, steht noch nicht fest. Es darf nicht vergessen werden, daß die Vertreter der vier verbündeten Mächte, Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Türkei und Bulgarien, an den Verhandlungen teilnehmen werden, und das muß auch bei allen Fragen, die sich auf die äußere Gestaltung der Friedensverhandlungen beziehen, berücksichtigt werden.

Reise des Grafen Czernin nach Brest-Litowsk

Wien, 18. Dezember. (Meld. d. Wiener k. k. Tel.-Korr.-Bur.)

Wie die Blätter melden, soll sich der Minister des Aeußern, Graf Czernin, demnächst zu den Friedensverhandlungen nach Brest-Litowsk begeben. Aus diesem Grunde dürfte die für morgen geplante Sitzung des Ausschusses für Aeußeres der österreichischen Delegation auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden.

⊙ **Wien,** 18. Dezember.

Kardinal Fürsterzbischof Csernoch ist heute in Wien eingetroffen und vom Kaiser in Audienz empfangen worden. In einer Unterredung, die ich mit dem ungarischen Kirchenfürsten hatte, erklärte er auf die Frage, ob noch eine Note des Papstes in der Friedensfrage zu erwarten sei, folgendes: „Ein Anlaß, sich nochmals an die Mittelmächte zu wenden, scheint für den Papst nicht zu bestehen, da ja die Mittelmächte die letzte Note des Papstes ausführlich beantwortet haben. Andererseits haben die Ententemächte diese Note unbeantwortet gelassen, so daß auch da kein Anlaß für ein weiteres diplomatisches Vorgehen vorliegt. Dagegen ist es nicht ausgeschlossen, daß der Papst sich in der Ansprache, die er zu Weihnachten an das Kardinalskollegium halten wird, sich nochmals über die Friedensfrage äußern wird."

Freigabe der aus Deutsch-Ostafrika verschleppten Deutschen.

Amtlich. Berlin, 18. Dezember. (W. T. B.).

Den unablässigen energischen Bemühungen der deutschen Regierung ist es gelungen, nunmehr endlich die Freigabe der aus Lobra (Deutsch-Ostafrika) durch den Kongo nach Frankreich verschleppten und dort internierten Reichsdeutschen bewirkt, etwa 150 Frauen und Kinder, durchzusetzen. Nachdem bereits am 7. Dezember 8 Männer, 35 Frauen und 30 Kinder in Genf eingetroffen waren, ist am 16. Dezember der Rest in der Schweiz angekommen.

Bestrebungen zur Absetzung des Königs von Rumänien.

(Telegramm unseres Sonderberichterstatters.)

I. Wien, 16. Dezember.

Aus Bukarest erfahre ich, daß die jüngste Entwickelung der Ereignisse die letzten Hoffnungen der Rumänen auf eine halbwegs günstige Liquidierung der von König Ferdinand und der Regierung Bratianu verfolgten Politik vernichtet hat. Selbst extrem liberale Kreise beschuldigen jetzt den König und Bratianu offen, das Land getäuscht zu haben. Dieser Erkenntnis und Stimmung Rechnung tragend, haben maßgebende rumänische Politiker Bukarests die Absicht, in der nächsten Zeit **eine Aktion zur Absetzung des Königs einzuleiten.**

Paris, 17. Dezember. (Meldung der Agence Havas).

Der rumänische Gesandte Antonescu dementiert formell die in der Presse aufgetretenen Gerüchte, daß König Ferdinand von Rumänien unter Umständen zugunsten seines Sohnes, des Prinzen Karol, abzudanken beabsichtige.

Neue U-Boot-Erfolge.

Amtlich. Berlin, 17. Dezember. (W. T. B.)

Eines unserer Unterseeboote, Kommandant Kapitänleutnant Rose, hat am 5. Dezember im Aermelkanal den amerikanischen Zerstörer „Jacob Jones" vernichtet und dabei zwei Matrosen gefangen genommen. Das Boot hat dann den Handelsverkehr mit gutem Erfolg bei stärkster feindlicher Gegenwirkung angegriffen und dabei insgesamt acht Dampfer mit über

22 000 Bruttoregistertonnen

versenkt. Allein vier größere Dampfer sind ihm aus stark gesicherten Geleitzügen zum Opfer gefallen, darunter der englische Dampfer „Westlands" (3112 Tonnen), mit Kohle von Leith nach Nantes, und der englische Dampfer „Nyanza" (4053 Tonnen). Ein einzeln fahrender, bewaffneter Dampfer wurde aus starker Bewachung herausgeschossen. Gegen den englischen Dampfer „Carlswood" (2353 Tonnen), der, durch Bewachungsfahrzeuge gesichert, unter der englischen Küste westwärts fuhr, wurde ein Torpedotreffer erzielt.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

London, 17. Dezember.

Im Unterhause teilte Mac Namara mit, daß am 12. Dezember, morgens 4 Uhr 30 Minuten, zwei Fischdampfer von Torpedobootszerstörern mit Geschützfeuer angegriffen wurden. Der eine Dampfer sei beschädigt worden, der andere sei gesunken. Acht Mann seien getötet worden. Ungefähr zu derselben Zeit seien zwei neutrale Handelsdampfer versenkt worden.

London, 17. Dezember. (Reuter.)

Im Unterhause teilte Sir Eric Geddes mit, daß als Ergebnis eines Angriffs feindlicher Kriegsschiffe auf einen skandinavischen Geleitzug ein englisches und fünf neutrale Schiffe von insgesamt 8000 Tonnen versenkt worden sind. Auch ein englischer Zerstörer und vier bewaffnete Dampfer seien versenkt worden, ein anderer Zerstörer sei unter der Wasserlinie getroffen worden, habe aber noch sicher einen Hafen erreichen können. Ueber die näheren Umstände werde eine Untersuchung angestellt.

Berlin, 18. Dezember. (W. T. B.)

„Journal of Commerce" vom 3. Dezember 1917 bespricht die stärkere Versenkungsziffer der am 1. Dezember 1917 ablaufenden Woche mit folgenden sarkastischen Worten: „Die stärkeren Verluste durch U-Boote in der letzten Woche werden wohl kaum die Schiffahrtswelt überrascht haben, da derartige Dinge stets einzutreten pflegen, wann die Politiker darüber zu sprechen anfangen, daß die Gefahr vorüber sei."

Rotterdam, 18. Dezember. (W. T. B.)

In dem Nieuwe Waterweg (Holland) liefen seit dem 1. Januar 1917 nur 1484 Schiffe mit 1 259 759 Nettoregistertonnen ein gegen 2998 Schiffe mit 3 084 637 Nettoregistertonnen im Jahre 1916.

Die Macht der Bolschewisten.

Von [Nachdruck verboten.]

Hans Vorst.

Die Waffenstillstandsverhandlungen mit Rußland sind zu einem erfreulichen Abschluß gelangt. Der Vertrag, den wir heute morgen im Wortlaut gelesen haben, ist ein Dokument von größter historischer Bedeutung. In dem Augenblick, wo die Friedensverhandlungen beginnen, ist die Frage nach der Autorität der Regierung, mit der sie geführt werden, von besonders brennendem Interesse. In der „Leipziger Volkszeitung" veröffentlicht A. Stein zu dieser Frage einen Artikel, der von intimer Kenntnis der Verhältnisse zeugt. Die Ausführungen des Verfassers, anscheinend eines russischen Genossen menschewistischer Richtung, gipfeln darin, daß von der proklamierten „Diktatur des Proletariats und der ärmeren Bauernschaft" nicht die Rede sein könne. Es handle sich nur um die gewaltsame Diktatur einer einzigen Partei, oder vielmehr eines Teiles einer Partei, nämlich der extremen Gruppe der Bolschewikipartei, um eine Diktatur, die allen Grundsätzen der Demokratie und des Sozialismus ins Gesicht schlage.

Bei ruhiger Betrachtung läßt sich eine solche Auffassung des gegenwärtigen russischen Regimes wohl nicht aufrechterhalten. Es ist richtig, daß sich die Herrschaft der Bolschewiki nur gewaltsam durchsetzen konnte auf Grund der Anhängerschaft, die diese Partei in der Armee genießt. Es ist ferner richtig, daß die „Regierung der Arbeiter und Bauern" im Kampf um die Macht zu äußerst drakonischen Gewaltmaßregeln greifen mußte, um die heftigen Widerstände, die sich ihr entgegensetzten, zu überwinden. In den ersten drei Wochen nach dem Aufstand konnte man in der Tat den Eindruck gewinnen, daß sich die neue Regierung nur auf ganz schmaler Parteibasis aufbaute. Denn alle anderen sozialistischen Parteien lehnten ihre Teilnahme an der Regierung Lenins und Trotzkis ab, und selbst eine Anzahl bekannter Führer der Bolschewikipartei trat aus dem Rat der Volkskommissare beziehungsweise aus dem Zentralexekutivkomitee der Arbeiter- und Soldatenräte aus, als die Koalition mit den übrigen sozialistischen Parteien an der unnachgiebigen Haltung Lenins gescheitert war.

Seitdem aber haben sich die Verhältnisse doch wesentlich geändert. Entscheidend ist dafür die Einigung, die zwischen dem Ende November in Petersburg tagenden Bauernkongreß und dem Zentralexekutivkomitee der Arbeiter- und Soldatenräte zustande gekommen ist. Auf Grund dieser Einigung ist das Zentralexekutivkomitee durch 108 Vertreter des Bauernkongresses, ferner durch 100 Vertreter der Armee und der Flotte, durch 50 Vertreter der vereinigten Gewerkschaften ergänzt worden. An dieser Einigung hat auch die mächtige Organisation des Eisenbahnerverbandes, mit einer Abkürzung „Wikshel" genannt, die im Verlauf der Revolution eine große Rolle gespielt hat, und der Verband der Post- und Telegraphenangestellten teilgenommen. Alle diese Institutionen haben sich auf den Boden des zweiten Arbeiter- und Soldatenkongresses, ganz Rußlands gestellt, jenes Kongresses, die die Organisation der Arbeiter- und Bauernregierung in die Hand genommen hatte, das heißt sie haben sich in allem Wesentlichen dem bolschewistischen Regierungsprogramm angeschlossen. Was die Parteiverhältnisse der auf diese Weise zustande gekommenen sozialistischen Koalition betrifft, so haben an ihr, außer den Bolschewiki, die linken Sozialrevolutionäre und die am weitesten links stehende Gruppe der Menschewiki, die sogenannten Internationalisten, Anteil. Ueber die anfänglich ausgeschiedenen Bolschewistenführer wissen wir, daß sich einige der namhaftesten, wie Sinowjew und Kamenew, der Regierung Lenins wieder angeschlossen haben, und obgleich uns nicht alle Namen bisher übermittelt worden sind, darf man annehmen, daß auch die meisten der übrigen nicht zurückgeblieben sind, da sich doch sogar eine Einigung mit den soeben genannten weiter rechts stehenden Gruppen des Sozialismus als möglich erwiesen hat. Wenn die Regierung und das Zentralexekutivkomitee den Wünschen der übrigen sozialistischen Gruppen nicht in dem von diesen angestrebten Maße Rechnung trägt, so ist das aus den bestehenden Kräfteverhältnissen heraus begreiflich. Es handelt sich dabei namentlich um die vereinigten Menschewiki, die Menschewiki-Oboroutsch (Verteidigungsfreunde), und die von Plechanow geführte Gruppe „Jedinstwo". Gewiß steht in diesem Lager eine Reihe der bewährtesten Führer des russischen Sozialismus und der Revolution, aber die Wahlen zur Konstituante haben bewiesen, daß es sich, wie die Verhältnisse eben liegen, dabei um Feldherren ohne Truppen handelt. Noch nicht genügend geklärt ist einzig und allein das Kräfteverhältnis innerhalb der sozialrevolutionären Partei. Schon seit längerer Zeit wiesen Nachrichten der russischen Presse darauf hin, daß in dieser Partei des russischen Agrarsozialismus sich eine ähnliche Radikalisierung vollzogen habe wie innerhalb der eigentlichen Sozialdemokratie. Anfänglich war die große Mehrheit der sozialrevolutionären Partei für die Koalition mit dem Bürgertum und die Politik Kerenskis eingetreten. Mittlerweile aber scheint die Mehrheit innerhalb der Partei an den linken Flügel übergegangen zu sein, der die Politik der Bolschewiki unterstützt. Auf dem gegenwärtig in Petersburg tagenden Kongreß der Partei ist es nun, wie die Petersburger Telegraphenagentur mitteilt, zu einer endgültigen Trennung des linken Flügels vom rechten gekommen, wobei wiederum die Linke offenbar das Uebergewicht behalten hat. Denn die auf

sche Agentur kann ferner mitteilen, daß der Kongreß der Sozialrevolutionäre sich dem Programm des zweiten Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte angeschlossen habe. In der Resolution des sozialrevolutionären Kongresses heißt es in völliger Uebereinstimmung mit der Politik Lenins: „Jeder Versuch einer Umgestaltung der konstituierenden Versammlung in eine Kampforganisation gegen die Arbeiter- und Soldatenräte und deren Abgeordnete, die die Organe der Macht bilden, wird als ein Anschlag gegen die Errungenschaften der Revolution betrachtet werden, und es wird als dringend notwendig erachtet, entschlossen dagegen vorzugehen." Darin ist es ausgesprochen, daß die Mehrheit des sozialrevolutionären Kongresses die Absicht Lenins billigt, gegebenenfalls eine gegen die Arbeiter- und Soldatenräte und gegen die gegenwärtige Regierung gerichtete Majorität in der konstituierenden Versammlung durch einen Gewaltstreich, wie die Entfernung der Kadetten, zu beseitigen.

Wie man sich auch zu einem solchen Verfahren stellen mag, jedenfalls ist es nach den angeführten Tatsachen nicht mehr möglich, davon zu sprechen, daß sich die gegenwärtige Regierung nur auf eine schmale Parteigrundlage uno gar nur auf eine Gruppe der bolschewistischen Partei stütze.

In diesem Lichte betrachtet, gewinnen auch einzelne der sogenannten „Gewaltmaßregeln" der bolschewistischen Regierung ein anderes Ansehen. Zum Beispiel war die Auflösung der bisherigen Petersburger Stadtduma sicherlich insofern berechtigt, als ihre Zusammensetzung, wie in dem Auflösungsdekret gesagt wurde, tatsächlich der Stimmung der Wählerschaft nicht mehr entsprach. Als sie gewählt wurde, fiel die ungeheuere Mehrzahl der Stimmen den Sozialrevolutionären zu. Jetzt hält sich die Mehrheit der Petersburger Wählerschaft zu den Bolschewisten, die bei den Neuwahlen 188 Sitze gegen 20 der Sozialrevolutionäre erobert haben. Diesen Umschwung in der Volksstimmung verdanken die Bolschewiki ihrer Macht, aber darin liegt auch ihre Schwäche. Massenstimmungen, die sich so schnell herausgebildet haben, bieten nicht immer Gewähr für ihre Dauer. Es mag sein, daß die Konstituante im Moment ihres Zusammentritts den Stimmungen der Volksmassen schon nicht mehr entspricht, weil diese, infolge der ersten erfolgreichen Schritte der neuen Regierung, schon wieder bolschewistischer geworden sind. Aus dieser Voraussetzung folgern die Bolschewiki offenbar, daß sie das Recht hätten, eine „Korrektur" der Konstituante vorzunehmen, was gewiß nicht im gebräuchlichen Sinne demokratisch, aber mit der Grundforderung der Partei, mit der „Diktatur des Proletariats" sehr wohl vereinbar ist.

Ebenso schnell aber, wie sich die Massen zum Bolschewismus bekehrt haben, kann natürlich der Rückschlag eintreten, sobald es sich erweist, daß die neuen Herren auf die Dauer nicht in der Lage sind, die auf sie gesetzten Hoffnungen zu erfüllen. Es ist in diesem Zusammenhang zu beachten, daß sich bei allen Wahlen seit der Revolution die Kadettenpartei bisher als der bei weitem konstanteste Faktor in der Erscheinungen Flucht erwiesen hat. Wir haben schon oft bemerkt, daß es nicht mehr politischer Meinungsfreit ist, was sich in Rußland jetzt abspielt, sondern sozialer Klassenkampf. Die Massen der Wähler, die jetzt für die Bolschewisten gestimmt haben, sind gewiß in ihrer Mehrzahl, kraft ihrer Unbildung, nicht klassenbewußt, sie können daher wieder umfallen. Wohl aber darf man bei der Mehrzahl der Wähler, die ihre Stimmen für die Kadettenpartei abgegeben haben, ein durch die auf dem Spiele stehenden realen Interessen schnell erwachtes Klassenbewußtsein voraussetzen.

Wie sich aber auch die Zukunft gestalten mag, gegenwärtig liegt das Heft in der Hand des sozialistischen Radikalismus, und er dehnt seine Macht erfolgreich weiter aus. Dafür sprechen die günstig verlaufenden Kämpfe gegen Kaledin ebenso wie die Berichte, die die Petersburger Telegraphenagentur über die Regulierung des Eisenbahndienstes und der Lebensmittelzufuhren versendet.

---

* Tessiner Blätter melden, wie uns ein Privat-Telegramm berichtet, daß **v. Plata,** der zurzeit Gesandter in Rom ist, möglicherweise als Schweizer Gesandter in Berlin in Frage käme.

Aus den Konzerten.

Von [Nachdruck verboten.]

Dr. Leopold Schmidt.

Wenn sonst es gegen Weihnachten ging, pflegte der Konzertbesuch aus naheliegenden Gründen abzustumpfen. Es wurde zwar bis kurz vor dem Feste musiziert, aber diese Tage galten nicht als günstig. Heut hat sich auch das geändert. Ein Ueberschuß an Geld und Vergnügungsdrang, dem die Mehrzahl der gewohnten Abzugskanäle verstopft ist, ergießt sich in die Theater- und Konzertsäle. Dort ist es heller als auf den Straßen und wärmer als in den Wohnungen mit Zentralheizung, und wer sich sonst nichts kaufen kann, erhält wenigstens Eintrittskarten ohne Bezugsschein. Das kommt unseren Künstlern zugute. Sie brauchen kaum noch vor leeren Bänken zu spielen, und wo nur irgend Bedeutsames geboten wird oder berühmte Namen locken, gibt es ein froh bewegtes Gedränge wie nie zuvor. Die letzte Woche war nicht arm an solchen durch Gunst und Beifall ausgezeichneten Abenden; waren doch allein drei große Orchesterkonzerte zu verzeichnen.

Daß die Berliner Gesellschaft die Symphoniekonzerte der königlichen Kapelle zu ihrem wertvollsten Besitz rechnet, so sehr, daß es immer schwerer hält, eine Karte dazu zu erlangen, ist nur natürlich und wird an jedem dieser Abende aufs neue begründet. Der vornehm-behagliche Rahmen des Opernhauses, an dessen künftigen Ersatz man nicht ohne Bangen denkt, der Klang der Instrumente in den Händen einer auserlesenen, durch Traditionen im Zusammenspiel kultivierten Künstlerschar, am Pulte der immer zur Initiative geneigte Richard Strauß und endlich die stilistisch meist streng geschlossenen Programme — das alles vereinigt sich, diesen Konzerten ihren unvergleichlichen Charakter zu wahren. Diesmal gab Strauß von Eigenem seinen „Don Juan", in den sich zuerst der jugendliche Feuerstrom seiner Phantasie frei ergossen hat, gab ihn in einer technisch vollendeten Ausführung. Von Beethoven hatte er die am wenigsten populäre Symphonie, die in B-dur, gewählt und verlieh dem wundersamen Adagio durch den umfaßlichen Vortrag der Coda (die so gleichsam zu einer freien Kadenz wurde) einen eigenen poetischen Reiz. Ein Gipfel der programmatischen Darstellungskunst wurde dann in seines Vorgängers Berlioz phantastischer Symphonie erreicht. Besonders der erste Satz war von stärkstem Nachempfinden getragen; seine schon verblassenden Farben schienen in neuem Glanz zu leuchten. Im Gang zum Hochgericht aber und im Hexensabbath zeigt sich wieder Straußens Ueberlegenheit, die selbst im wildesten Tummel der Phantasie die große Linie nie außer acht läßt.

Als Mendelssohn in diese „Symphonie-Soirées", wie sie ursprünglich und noch bis gegen Ende des vorigen Jahrhunderts hießen, nach Art der Leipziger Gewandhauskonzerte Solisten einführen wollte, stieß er bei Publikum und Presse auf heftigsten Widerspruch. Der stilistisch weniger einheitliche moderne Konzerttyp ist dann erst von den Philharmonischen Konzerten recht zur Geltung gebracht worden. Der solistischen Mitwirkung verdanken sie mit ihre Beliebtheit und bildeten so von Anfang an und bilden jetzt unter Nikisch eine willkommene Ergänzung zu den Opernhauskonzerten. Auch einen Nikisch-Abend gab es wieder. Er war, wie immer um diese Zeit, Beethoven (geb. 16. Dezember) gewidmet. Auf dem Programm standen die erste und siebente Symphonie. Nikisch hatte also Gelegenheit, in seiner oft bewunderten, abgeklärten Interpretation Beethovens zugleich die Unterschiede zweier so getrennter Stilepochen fühlbar zu machen. Daß er dies instinktiv, nicht mit Berechnung tut, ist das Schöne, echt Musikalische dabei. Zwischen den Orchesterwerken erklang mit Frieda Kwast-Hodapp am Flügel das G-dur-Konzert. Die Pianistin steht jetzt auf der Höhe ihres Könnens, und es ist eine Freude, ihr zuzuhören. Mit fabelhafter Klarheit kam das Passagenwerk der Ecksätze heraus, und in rührender Schlichtheit und Innigkeit gab sie das kurze, so vielsagende Andante. Ueber dem Ganzem lag männlicher Ernst der Auffassung und doch ein wohltuender Hauch von Schönheit und Anmut gebreitet. In den begeisterten Beifall der Hörer konnte die Kritik nur miteinstimmen.

Das dritte Orchesterkonzert — einen Wagner-Strauß-Abend in der Philharmonie — leitete der Mannheimer Hofkapellmeister Furtwängler. Er hat den Vorteil der hohen Gestalt, der am Dirigentenpult nichts zu unterschätzen ist, wo sich ihm wie hier ein auf bewußte rhythmische Kraft gestützter Herrscherwille und die Fähigkeit zu klarer Disposition des Stoffes gesellen. Furtwängler interessiert durch ruhige Sicherheit, aus der zuweilen ein ungestümes Temperament hervorbricht. Gleich die Tannhäuser-Ouverture brachte ihm starken Beifall. Ueber seine Wiedergabe des Straußschen „Don Juan" läßt sich streiten. Er schlug darin ein Tempo an, das der technischen Klarheit bei einem weniger virtuosen Orchester, als es unsere unerschütterlichen Philharmoniker sind, gefährlich geworden wäre. Das zweite Juanthema (in den Hörnern) denke ich mir bei seinem Erscheinen größer, wuchtiger, und die ausgesprochene zarte G-dur-Episode hat der Komponist sicherlich ruhiger gewollt. Es läßt sich indessen nicht leugnen, daß auch diese Wiedergabe Eindruck machte, und der Eindruck würde sich noch vertiefen, wenn wir Herrn Furtwängler in einem Programm hören könnten, das weniger den mitwirkenden Sängern zuliebe mit Opernfragmenten gespickt ist. Die fanden in Fritz Feinhals und Heinrich Hensel (der auch einige Straußsche Lieder mit Orchester sang) ihre wie stets gefeierten Interpreten.

Zu den bevorzugten Abenden — das versteht sich von selbst — gehörte auch der Franz v. Vecsey's im Beethoven-Saal. Genoß man doch wieder einmal das Glück, das Mendelssohn-Konzert hören zu können, so wie nur er es zu bieten vermag. Nicht viel anders hat es Joachim in seiner guten Zeit gespielt (den letzten Satz freilich nicht so schnell). Da konnte selbst das mangelnde Orchester, das Alfred Hirte auf dem Klavier ersetzte, nicht viel Abbruch tun. Der Abend war aber noch in anderer Hinsicht interessant, denn er brachte zum ersten Male eine größere Komposition des jungen Geigers, ein viersätziges Streichquartett in E-moll. Wer sich als Ausübender einen Namen gemacht, hat es in der Regel nicht leicht als Komponist Schwingt er den Taktstock so macht er sich der „Kapellmeistermusik" verdächtig, spielt er Klavier oder Geige, so ist es natürlich „Virtuosenmusik", die er schreibt. Vecsey scheint solch Vorurteil wieder einmal zuschanden zu machen. Zeigten schon seine kapriziösen Solostücke für Geige entschiedene Begabung, so spricht aus diesem Quartett unverkennbar ein höher gerichteter Schöpfertrieb. In dem ungarisch gefärbten ersten Satz, dem pikanten witzigen Presto, dem gesangreichen Adagio und dem originellen Finale, überall spürt man Geist und Leben und eine nicht gewöhnliche Kenntnis der Mittel, denen nicht selten — harmonisch oder klanglich — neuartige Wirkungen abgewonnen werden. Was noch fehlt, ist der eigentliche Quartettstil. Vecsey entschuldigt das gewissermaßen, indem er sein Quartett ein „rhapsodisches" nennt. Aber erstens würde sich dieser Begriff nur auf die Freiheit der Form beziehen, und dann: die Einfälle allein so schätzenswert sie sind, tun es nicht. Jede Form, auch die freiste, gewinnt erst künstlerische Bedeutung durch die logische Verknüpfung der Gedanken, durch den Aufbau. Die Ausführung — vom Primgeigerkomponisten natürlich abgesehen — ließ wohl infolge plötzlicher Umbesetzung zu wünschen und brachte nicht alles in völliger Klarheit. Das hinderte aber nicht den Erfolg, der namentlich nach dem zweiten Satz und am Schluß durch den gespendeten Beifall zum Ausdruck kam.

In der Singakademie hatte sich die Weingartner-Gemeinde versammelt, als Frau Lucille v. Weingartner dort ihren Liederabend gab. Am Flügel saß Felix v. Weingartner, und dieses gemeinsame Musizieren des Ehepaares hat stets etwas Sympathisches. Von Schubert begleitete er die Gattin bis zu den eigenen Liedern, kreifte dabei auch den herzlich unbedeutenden Joseph Marx der neuerdings von der Sängerwelt so seltsam bevorzugt wird. Frau Lucille war prächtig bei Stimme, und man konnte sich wieder dem satten Klang und ihrer natürlichen Art erfreuen, auch wo die tieferen Geheimnisse des Liedgesanges unberührt läßt. Die Sprachbildung (Vokalisation) ist seit dem letzten Male entschieden besser, reifer geworden. Gelänge es der Sängerin nun, den halstigen Anfatz, der sich, eine Sünde der Studienzeit, an ihren Aufstieg gekettet hat, auch in den tieferen Lagen zu beseitigen, würde die Freude erst ungetrübt sein. Wie gern man sie hört, konnte sie aus dem Beifall und den verlangten Wiederholungen und Zugaben ermessen.

Die italienischen Geheimsitzungen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Lugano, 18. Dezember.

Die gestrige Geheimsitzung der Deputiertenkammer dauerte vier Stunden. Eine große Volksmenge umlagerte das durch Karabinieri abgesperrte Parlamentsgebäude. Der „Stampa" zufolge geht aus den Geheimsitzungen hervor, daß Italien an einem neuen Abschnitt seiner parlamentarischen Geschichte stehe. Durch die verschiedenen Anfragen an die Regierung, so namentlich die Anfrage des Grafen Robilant betreffend Cadorna, wird ein grelles Licht auf die Lage geworfen. Schon jetzt lasse sich schließen, daß die auf die Geheimsitzungen folgende öffentliche Sitzung einen historischen Verlauf nehmen werde. Die Deputierten seien durch all das Schlimme, was in den Geheimsitzungen an den Tag kam, aufs leidenschaftlichste erregt. So groß übrigens auch die Ungewißheit über die kommenden Dinge sei, so könnten doch, sagt der „Stampa", tiefgehende ministerielle Veränderungen ausgeschlossen gelten. Die Kammer werde Mittel und Wege finden, ihrem Gefühle Ausdruck zu verleihen, ohne das Land in eine schwere Krisis zu stürzen.

Bern, 17. Dezember. (W. T. B.)

Die Gerichtsbehörden haben laut Mailänder Presse bei dem Kammerpräsidium nachgesucht, gegen den Deputierten Vigna wegen Beteiligung und vermutlicher Anstiftung zu einer verbotenen Sozialistenzusammenkunft und gegen den Deputierten de Giovanni wegen kriegsgegnerischer Verbrechen vorgehen zu dürfen. Ferner sind gerichtliche Untersuchungen gegen Miglioli und Grosso Campa im Gange.

*

Italienischer Heeresbericht vom 17. Dezember: Zwischen Brenta und Piave blieb der Artilleriekampf gestern während des ganzen Tages heftig. Bei Tagesanbruch entbrannte ein Infanteriekampf östlich von der Brenta. Einem unserer Gegenangriffe, der in der Richtung auf den Col Caprile geführt wurde, setzte der Gegner überlegene Kräfte entgegen, die die Angriffsabteilung zwangen, ihren Vormarsch zu unterbrechen und sich an ihre rückwärtige Verteidigungslinie zu stützen, wo der Kampf mehrere Stunden lang mit Erbitterung fortgesetzt wurde. Gegen Mittag stellten unsere Truppen dank des Eingreifens neuer Verstärkungen mit großem Schneid die Lage zu unseren Gunsten wieder her, und der Feind mußte infolge unseres Gegenangriffes in seine Ausgangsstellungen zurückweichen. In den ersten Nachmittagsstunden unternahm der Feind einen Angriff im Grunde des Brentatales. Gestützt durch starkes Artilleriefeuer, gingen große Abteilungen in dichten Linien von San Marino aus die Straße entlang gegen unsere Sperren vor. Sie wurden durch das sofort einsetzende wirksame Sammelfeuer unserer Batterien angehalten und mußten sich in Unordnung zurückziehen.

Die Japaner in Wladiwostok.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Haag, 18. Dezember.

Reuter meldet aus Paris: Die „Daily Mail" meldet aus Tokio, daß die japanische Regierung bestreitet, daß ihre Truppen in Wladiwostok gelandet seien.

Genf, 18. Dezember.

Einer willkürlichen Verdrehung der Tatsachen begegnet man im „Temps", der behauptet, daß die jetzt von amtlicher japanischer Seite entkräftete Nachricht von einer vollzogenen oder beabsichtigten japanischen Landung in Wladiwostok auf Ausstreuungen von deutscher Seite zurückzuführen seien.

Die Lage in der Mandschurei.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rotterdam, 18. Dezember.

Reuter meldet aus Peking: „Eine Konferenz der alliierten Gesandten ist hier abgehalten worden, um die Lage in Charbin zu prüfen und Maßregeln zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu treffen. Es wurde beschlossen, die chinesische Obrigkeit damit zu beauftragen. Zwei Bataillone regulärer chinesischer Truppen sind von Kirin dorthin gesandt worden. Reuter meldet ferner aus japanischen Kreisen, daß die Einwohner von Charbin ganz unter der Aufsicht der Bolschewiki stehen sollen. Die Lage daselbst soll sehr unruhig sein. Räuber greifen die Häuser vornehmer japanischer und anderer Firmen an."

Ein neutrales Urteil über die Rede Lloyd Georges.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

△ **Schweizer Grenze,** 17. Dezember.

Die Basler „National-Zeitung" befaßt sich mit den jüngsten Auslassungen Lloyd Georges. Sie sagt dabei u. a.: „Die tendenziöse Art, mit der Lloyd George über Deutschland spricht, tut ihr möglichstes, um alle brennenden Wunden der Menschheit noch mehr zu vergiften. England, das die Buren überfiel, aus Aegypten entgegen seinen Versicherungen nicht herausging, hat als Staat wahrlich kaum Anspruch, so streng sein zu dürfen. Lloyd George vergißt offenbar, daß, wenn es für England keinen Weg zwischen Sieg und Niederlage gibt, auch die Niederlage ihm nahe ist und daß er mit dem Schicksal eines großen bewunderungswürdigen Volkes, des wahren Mutterlandes der menschlichen Freiheit, ein verwegenes Glücksritterspiel treibt. Nie war die Gefahr einer Niederlage der Entente so nahe, wie heute, selbst wenn die Bolschewiki jetzt noch besiegt würden. Mit seiner Rede hat Lloyd George nicht für den König von England, sondern für den König von Preußen gearbeitet."

London, 17. Dezember. (Reuter.)

Unterhaus. Der Staatssekretär des Innern Cave kündigte die Einbringung eines Gesetzentwurfes über die Naturalisationszeugnisse und die Wirkung der Entnaturalisierung an. Er führte aus, die Frage der Naturalisation sei eine Reichsangelegenheit geworden und die Regierungen der Dominions seien befragt worden hinsichtlich der Vorschläge der Regierung. Er hoffe, den Gesetzentwurf noch vor Schluß der Tagung einzubringen.

△ **Schweizer Grenze,** 18. Dezember.

Die Baseler „National-Zeitung" meldet aus Petersburg, daß sich englische Flotteneinheiten an der Nordküste Rußlands konzentriert haben.

Der politische Ukas des Landrats.

Die Regierung und die Vaterlandspartei.

Als ein bemerkenswerter Beitrag zu den Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses über die politische Betätigung der Beamten verdient ein Schreiben hervorgehoben zu werden, das drei Wochen nach der Begründung der Deutschen Vaterlandspartei von einem preußischen Landrat abgesandt worden ist. In diesem Schreiben heißt es:

„Der Landrat. Swinemünde, den 28. September 1917.
J. Nr. I. 5760.
Betrifft Volksstimmung und Ernährungsfragen.
Zum Schreiben vom 18. d. M. d. J. Nr. 68 738.

Mit Ausnahme der vaterlandslos gesinnten Deutschen ist alles empört in dem Gedanken an ein Nachgeben in der belgischen Frage angesichts unserer militärischen Erfolge. Man erwartet von der Regierung ein energisches Abschütteln anmaßender Parlamentarier, vornehmlich des Abgeordneten Erzberger. Viel verspricht man sich von der Tätigkeit der Deutschen Vaterlandspartei. Es wäre erwünscht, wenn auch in Pommern endlich und zwar unter Führung der konservativen Elemente etwas geschehen würde. Ein Zusammenschluß würde entschieden die nächsten Wahlen hoffnungsvoller gestalten . . . gez. v. Puttkamer."

Den Herrn Reichskanzler ebenso wie den Herrn Minister des Innern dürfte dieses amtliche Schreiben eines pommerschen Landrats ganz besonders lebhaft interessieren.

*

Der Kommission des preußischen Abgeordnetenhauses zur Vorberatung der Anträge über die politische Betätigung der Beamten gehören als Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei die Abgeordneten Kanzow und Dr. Mugdan an. Vorsitzender der Kommission ist der konservative Freiherr v. Richthofen-Mertschütz. Die Kommission besteht aus 21 Mitgliedern.

△ **Kleine Mitteilungen.** Der für heute abend im Bechstein-Saal angesetzte Vortrag von Kurt Theinert ist verlegt worden. — Am 28. Dezember abends ½8 Uhr wird Willi Marx-Freund (Dresden) im Bechstein-Saal Dichtungen der Bibel und neuerer jüdischer Autoren (Herzl, Buber, Rosenfeld, Heine, Prem-Boer-Hofmann) zum Vortrag bringen.

Die Lebensmittelschiebungen.

Weiteres aus der Neukölner Denkschrift.

Nach dem Vorgang der „Kreuzzeitung" versucht auch die großagrarische „Deutsche Tageszeitung", das Kriegsernährungsamt gegen die Angriffe der Neukölner Denkschrift zu verteidigen. Aber was sie vorbringt, ist aus der Verlegenheit geboren; so, wenn sie meint, daß die allerweisten Gemeinden und Industriebetriebe es fertig gebracht hätten, außerhalb der amtlichen Ration große Mengen von Lebensmitteln zu beschaffen. Das trifft in beschränktem Umfang zu, aber es konnte nur auf illegalem Wege und unter beträchtlicher Ueberschreitung der Höchstpreise geschehen. Daß sich die „Deutsche Tageszeitung" gegen die geforderte Ueberwachungskommission in den einzelnen ländlichen Bezirken wendet, ist bei dem von ihr vertretenen einseitigen Produzentenstandpunkt nicht weiter verwunderlich. Immerhin überrascht es einigermaßen, daß das großagrarische Blatt angesichts der Neukölner Enthüllungen noch den Mut hat, „den Abbau (des Zwangswirtschaftssystems) zu verlangen, der allein Besserung verschaffen kann". Das hieße die letzten Hindernisse aus dem Wege räumen und den Konsumenten dem Egoismus mancher Produzentenkreise schrankenlos preisgeben. Am peinlichsten dürfte es für die Konservativen und ihren Anhang sein, daß es einer aus ihren eigenen Reihen ist, der die Anklageschrift verfaßt hat. Wie der „Vorwärts" nämlich mitteilt, ist der Verfasser der Eingabe jener Neukölner Stadtrat Mier, der im Jahre 1913 für die konservative Partei zum preußischen Abgeordnetenhaus kandidiert hat. Ueber den Umfang der Schiebungen bringt die Neukölner Denkschrift eine statistische Anlage, die sich ausschließlich auf den Gemüsewucher bezieht. Der „Vorwärts" macht daraus folgende Angaben:

„Es wird darin angegeben, welche Mengen von Gemüsen und zu welchen Preisen von September bis Mitte November der Gemeinde angeboten bzw. von ihr übernommen worden sind. Die Statistik ist leider nicht vollständig, bei allervorsichtigster Schätzung aber handelt es sich um mindestens 425 Waggons Gemüse, die in Neukölln im Zeitraum von zehn Wochen zu Wucherpreisen „verschoben" worden sind. Darunter befinden sich rund 100 Waggons rote Möhren: Höchstpreis 8—11 Mark, geforderter bis gezahlter Preis 12—22 Mark; 150 Waggons Weißkohl: Höchstpreis 7,50—8 Mark, gezahlter Preis 9—16 Mark; 20 Waggons Rotkohl: Höchstpreis 12 Mark, gezahlter Preis 14,75—20 Mark; Zwiebeln: Höchstpreis 17 Mark, wurden gleichfalls waggonweise zu 50 und 65 Mark angeboten und außerdem noch einmal 1000 Zentner zu 75 Mark. Reichlich liegt es mit gelben Möhren, Karotten, Rotkraut, Rapsblättern, Kohlrabi, Wirsingkohl, Wasserrüben, Grünkohl usw. Es ist alles da und gleich waggonweise, nur zum Höchstpreise ist freilich nichts da. Mit den 425 Waggons Gemüse ist aber die Sache keinesfalls erledigt. Der Magistrat hat ja, wie er zugibt, auch andere Lebensmittel in ungeheuren Mengen zu Wucherpreisen erworben. Und es war nicht der Magistrat allein, der in Neukölln diese Geschäfte trieb, sondern alle Großbetriebe wetteiferten mit ihm. Man müßte also für die angegebene Zeit von zehn Wochen zu den 425 Waggons noch eine unbekannte, jedenfalls sehr große Zahl hinzurechnen, um den wirklichen Umfang allein des Neukölner Schleichhandels in dieser kurzen Zeit festzustellen."

Diese Zahlen und Tatsachen lassen alle Rechtfertigungsversuche ausichtslos erscheinen. Hier kann nur festes Anfassen und Durchgreifen helfen.

Der Zusammenschluß der Beamten.

Die vorbereitenden Organisationsarbeiten.

Der Reichsarbeitsausschuß, der die Vorbereitung zur Bildung eines einheitlichen Reichsbeamtenbundes in die Hand genommen hat, erreichte, einer Nachrichtenstelle zufolge, in Berlin eine Geschäftsstelle; er wird von den Vorsitzenden des Verbandes Deutscher Beamtenvereine und der Interessengemeinschaft Deutscher Beamtenverbände gemeinsam geleitet. Die grundlegenden Fragen der Organisation des Reichsarbeitsausschusses sind in den letzten Sitzung festgestellt. Gleichzeitig wurde über die Richtlinien für die künftige Beamtenbesoldung eine grundsätzliche Verständigung erzielt; die Ausgestaltung von Vorschlägen für die Reform ist einem Unterausschuß übertragen worden. Verschiedene Fragen, wie die Verkürzung der Kriegsinvaliden und Militäranwärter, über die auf der Tagung Referate erstattet wurden, werden weiter bearbeitet.

hs. Die Eröffnung der Ententeausstellung. Heute vormittag 11 Uhr wurde die Ausstellung von Werken österreichischer und ungarischer Künstler, die mit Zeichenstift und Pinsel den Ruhmestaten der zwölf Ententeschlachten nachgegangen sind, in der preußischen Akademie der Künste eröffnet. Unter den dunklen Kleidern der zur Feier geladenen deutschen und österreichischen Gäste in Zivil blitzten die silbergrauen und bunten, mit Sternen und Kreuzen besäten Uniformen der Generale und höheren Offiziere auf, die zur Eröffnung der Kriegskunstausstellung erschienen waren. Man sah den österreichisch-ungarischen Botschafter Prinzen zu Hohenlohe-Schillingsfürst mit den Herren seines Gefolges, den k. u. k. Generalkonsul Dr. Szarvasy, den Vertreter des k. u. k. Reichskriegsministeriums in Berlin Generalmajor v. Stündermann, den Organisator der Ententeausstellung Oberst v. Eisner-Bubna, Kommandeur des k. u. k. Kriegspressequartiers, und von deutscher Seite den preußischen Kultusminister Exzellenz Dr. Schmidt, den Oberbürgermeister von Berlin Exzellenz Dr. Wermuth, Generaloberst v. Kessel, den Chef des Kriegspressewesens Major Würz und viele Vertreter der bildenden und redenden Künste in Berlin.

Oberst v. Eisner-Bubna begrüßte, unter dem Standbild Kaiser Karls von Oesterreich-Ungarn stehend, die zahlreich erschienenen Gäste. Mit knappen Worten zeichnete er die Wucht der Ententeschlachten und ihre Bedeutung für die Geschichte dieses Krieges. Die österreichisch-ungarische Heeresverwaltung hat in jeden Abschnitt der italienischen Front einen Künstler entsandt, der die kriegerischen Geschehnisse in Bild und Zeichnung festhalten sollte. Oberst v. Eisner-Bubna, der kunstbegeisterte Leiter dieses rühmlichen Planes, hat die Ausstellung in der Akademie der Künste organisiert, um die deutsche und österreichische Waffenbrüderschaft — „ — " zu bekräftigen.

Darauf erklärte der österreichisch-ungarische Botschafter Prinz zu Hohenlohe-Schillingsfürst die Ausstellung für eröffnet. Den Worten des Dankes an das preußische Kultusministerium und die Akademie der Künste als Hausherren der Ausstellungsräume fügte er die feste Versicherung bei, daß er die innige Verbindung der beiden verbündeten Reiche immer und überall gefördert habe und fördern werde.

In seiner Erwiderung wies der preußische Kultusminister Exzellenz Dr. Schmidt darauf hin, daß ein kluger Mann gesagt habe: Die Weltgeschichte beginnt erst mit dem Jahre 1914 und wird im Schützengraben gemacht. Und es ist die Pflicht der Gegenwart, diese Weltgeschichte nicht nur mit der Feder, sondern auch mit Pinsel und Zeichenstift zu verewigen. Der Minister stellte die Arbeitsweise des k. u. k. Kriegspressequartiers, die den künstlerischen Werten seiner Kriegsmaler das Bekanntwerden in den breitesten Kreisen ermöglicht, als vorbildlich hin.

Die Eröffnungsreden waren nach militärischer Art kurz und bündig gehalten, so daß schon kaum eine Viertelstunde nach Beginn die Führung durch die Ausstellungsräume stattfinden konnte.

Im Königreich Sachsen ist nunmehr auch ein Zusammenschluß der vier großen Staatsbeamtenverbände, nämlich der Arbeitsgemeinschaft sächsischer Eisenbahnvereinigungen, des Sächsischen Staatsbeamtenbundes, des Kartells sächsischer mittlerer Staatsbeamten und des Verbandes sächsischer mittlerer Staatstechniker, zustande gekommen, dessen Zweck die gemeinsame Behandlung aller Angelegenheiten ist, die Mitgliedern mehrerer der beteiligten Verbände gemeinsam sind. Die Leitung liegt in den Händen eines Ausschusses, in den jeder Verband zwei Vertreter entsendet.

Das Frauenstimmrecht.

Die Kundgebung der Frauenstimmrechtsverbände.

Die Groß-Berliner Ortsgruppen für Frauenstimmrecht hatten zu gestern abend eine Versammlung ins Lehrervereinshaus einberufen, um zu der Behandlung der Frauenstimmrechtsanträge im preußischen Abgeordnetenhause Stellung zu nehmen. Zum ersten Thema des Abends „Die preußische Wahlrechtsvorlage und die Frauen" sprachen Wally Zepler, Regina Deutsch und Minna Cauer. Zum ersten Male traten in einer politischen Versammlung sozialdemokratische und bürgerliche Frauen für das gleiche Ziel auf. Vielleicht hatte die Polizei aus diesem Anlaß Unruhen befürchtet, denn die Saalgänge standen unter polizeilicher Bewachung, ebenso natürlich die Verhandlungen. Aber obwohl ein sehr beifallsfreudiges Publikum den Riesensaal bis zum letzten Platz füllte, kam es zu keinen Zwischenfällen, wohl dank des Bestrebens der Rednerinnen ihre Ausführungen durchaus sachlich zu gestalten, ein Maß halten, das die Begeisterung etwas beeinträchtigte.

In ihrer Begrüßung wies die Leiterin des Abends, Frau Seler-Sachs, auf den glücklichen Abschluß der Waffenstillstandsverhandlungen mit Rußland hin. Bei den Russen freilich nehme eine Frau an diesen Verhandlungen teil, bei uns habe das preußische Abgeordnetenhaus am 11. Dezember beschlossen, „die Anträge über die Frauenstimmrechtsfrage abzusetzen." Als erste Rednerin sprach Frau Wally Zepler über die Wahlrechtsvorlage der Regierung. Sie ging näher auf einige Stellen der Vorlage ein, die sie als Argument für das Frauenstimmrecht benutzte. Sie unterzog dann die Stellung der einzelnen Parteien und ihre politischen und prinzipiellen Bedenken einer Kritik. Den politischen und ethischen Bedenken der Gegner des Frauenstimmrechts stellte sie die erwiesenen guten Erfahrungen gegenüber, die man in den Frauenstimmrechtsländern mit der politischen Mitarbeit der Frau gemacht habe.

Frau Regina Deutsch leitete aus der erhöhten Erwerbsarbeit der Frau, die sie schon vor dem Kriege geleistet habe, aus ihren mütterlichen und hausfraulich-volkswirtschaftlichen Leistungen die Forderung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung in Gemeinde und Staat ab. Die dritte Rednerin Frau Minna Cauer vertrat den Rechtsstandpunkt. Nur die Demokratisierung Preußen-Deutschlands werde den Frauen ihr Recht verschaffen. An diesem Neubau des Reiches wollen die Frauen mitwirken.

Eine von Frau Seler-Sachs eingebrachte Resolution, die gegen die Nichtbeachtung der Frauenforderungen im neuen Wahlgesetzentwurf und bei der ersten Lesung der Vorlage im preußischen Abgeordnetenhause energisch protestiert und fordert, daß den Frauen auf Grund ihrer Arbeitsleistungen auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens die gleichen politischen Rechte wie den männlichen Deutschen, also auch das allgemeine, gleiche, direkte und geheime aktive und passive Wahlrecht zu allen gesetzgebenden Körperschaften gegeben werde, wurde einstimmig angenommen. **A. P.**

* In Warschau ist der Professor Dr. med. **Brudzinski** gestorben. Er war Rektor der Universität Warschau bis zu diesem Semester und gehörte dem aktivistischen Lager an. Als Mitglied der „Sieben-Männer-Delegation" nahm er an der Reise nach Berlin und Wien teil, die der Proklamation des 5. November voranging.

* Zu der Neugründung des Schutzverbandes der deutschen Fachgeschäftschriften schreibt uns der **Verband der Fachpresse Deutschlands** (Vorsitzender Eisner und Geschäftsführer Dr. Quandt): „Unser seit 25 Jahren bestehender Verband der Fachpresse Deutschlands E. V., dem zurzeit über 1000 Fachzeitschriften aus allen Zellen Deutschlands angehören, ist die berufene und behördlich anerkannte Vertretung der gesamten deutschen Fachpresse. Der Gründer des sogenannten Schutzverbandes ist Dr. Meißner in Heidelberg, der Anfang 1917 eine Hochmonatsschrift „Die Fachpresse" ins Leben rief, die er wenige Wochen später vergeblich unserem Verbande zum Kauf anbot. Dr. Meißner zeichnete allein als Arbeitsausschuß des Schutzverbandes, der ohne „Vorbereitungen und Vertretertagungen" gegründet wurde, und dem jeder Bezieher der Meißnerschen Zeitschrift ohne Beitrittszahlung angehören soll. Tatsächlicher Zweck des Schutzverbandes dürfte demnach die Hebung der Zeitschrift „Die Fachpresse" sein. Jedenfalls sind die vom Herrn Dr. M. aufgestellten Ziele, soweit sie erkennbar sind, gegenstandslos. Gegenüber, wie sie Dr. M. konstruiert, zwischen Berlin und der Provinz, großen und kleinen Fachzeitschriftenverlegern, bestehen nicht."

Die Gedächtnisfeier für Walter Flex, den am 15. Oktober 1917 bei den Kämpfen auf der Insel Oesel gefallenen Dichter, die die Vereinigung aller Burschenschafter Berlins im Bürgersaal des Berliner Rathauses veranstaltete, hatte sich einer regen Beteiligung zu erfreuen. Justizrat Wagner gab in einer kurzen Ansprache eine Schilderung des Lebens des am 6. Juli 1887 in Eisenach geborenen Dichters, der im Kampfe um Deutschlands Freiheit den Heldentod fand. Sodann las Dr. Gustav Manz, der dem Verstorbenen persönlich nahestand, aus den Werken von Walter Flex vor, wobei er einleitende Bemerkungen über dessen reiche Schaffenskraft einflocht. Zur Vorlesung gelangten u. a. Gedichte aus den beiden Sammlungen „Sonne und Schild" und „Im Felde zwischen Nacht und Tag", ferner eine Szene aus der Kanzlertragödie „Klaus v. Bismarck", Schöpfungen, die von des Dichters starkem Können zeugten. Die Elegie von Guido v. Gilhausen, vorgetragen von Frau Paula Simon-Herlitz, beendete die eindrucksvolle Feier.

Die deutschen Studenten und der Krieg. „Flugblätter an die deutsche Jugend" haben freie Studenten für die Studenten im Felde wie in der Gefangenschaft bei Eugen Diederichs (Jena) herausgegeben. Bislang sind 24 Zehnpfennigbriefe erschienen: Schriften von Plato, Schiller, Fichte, Jean Paul, Schleiermacher, Arndt, Kleist, Hölderlin, Ruskin, Tolstoi, Dostojewski, Kierkegaard und Nietzsche. — Professor Philipp Witkop, der Freiburger Literarhistoriker, wird in Verbindung mit den deutschen Kultusministerien eine Sammlung der Kriegsbriefe gefallener deutscher Studenten herausgeben. Die Ausgabe erfolgt zum Besten der akademischen Kriegsfürsorge.

Wissenschaftliche Nachrichten. Als Geheimrat Büchers Nachfolger auf den ordentlichen Lehrstuhl für Nationalökonomie an der Universität Leipzig hat Geheimer Regierungsrat Professor Dr. phil. Ludwig Pohle, Ordinarius der wirtschaftlichen Staatswissenschaften an der Universität Frankfurt einen Ruf erhalten.

An der Berliner Universität habilitierte sich der Assistent am Physikalischen Institut Dr. Gustav Herz als Privatdozent für Physik.

Hugo Kauns „Mutter Erde" wurde zur Hundertjahrfeier der „Danziger Singakademie" mit außergewöhnlichem Erfolg aufgeführt. Aus Danzig wird uns dazu berichtet: Das neue Chorwerk bietet eine solche Fülle des Schönen, es ist so reich an Empfindung, an Melodien und farbenprächtiger Instrumentation, und auch das Textbuch, dessen Verfasser S. Cabanis ist, zeichnet sich durch solche Formschönheit der Sprache aus, daß der Erfolg der Danziger Uraufführung sich wohl überall wiederholen wird. Hugo Kaun, Musikdirektor Binder und die Solisten wurden lebhaft gefeiert und immer wieder gerufen.

Theaterchronik. Die heutige erste Aufführung von Hermann Essigs „Held vom Wald" im königlichen Schauspielhaus beginnt um 7½ Uhr.

Die „Naturalbezüge" auf den städtischen Gütern.

Große Beunruhigung haben die Ausführungen hervorgerufen, die der Redner der liberalen Fraktion in der gestrigen Schöneberger Stadtverordnetenversammlung über die außerordentlichen Mißstände in der Lebensmittelverteilung auf den städtischen Gütern machte. Es wurde gesagt, daß diese Zustände nicht nur auf Schöneberger, sondern auch auf andern Gütern Groß-Berlins herrschen. Wir haben es daher für angebracht gehalten, bei der Verwaltung des Berliner städtischen Gutes in Buch wegen der Entlohnung der Angestellten anzufragen. Es wurde uns dort mitgeteilt, daß die Angestellten im Buch gleichfalls Naturalbezüge erhalten, weil diese beim Arbeitsantritt vereinbart wurden und infolgedessen auch die Zahlungen an barem Lohn entsprechend geringer sind. Es wurde aber auf das bestimmteste erklärt, daß sich die Naturalbezüge im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften halten. — Bevor man nicht weiß, wie hoch sich die Naturalbezüge stellen, läßt sich ein Urteil über ihre Reichmäßigkeit nicht abgeben. Man muß abwarten, was die übergeordneten Stellen auf die Anschuldigungen, die aus Schöneberg kommen, zu sagen haben werden.

Die Stadt Berlin besitzt eine sehr hochentwickelte Güterwirtschaft. Die Reichshauptstadt besitzt unter anderem Güter in Osdorf, Friedericksdorf, Heinersdorf, Birkholz, Kleinbeeren, Großbeeren, Ruhlsdorf, Diedersdorf, Spatzdorf, Gütergotz, Struveshof, Marggrafshof, Malchow, Blankenburg, Wartenberg, Falkenberg, Birkenwerder, Hellersdorf, Rhrensfelde, Eiche, Karlsdorf, Höhnow, Blankenfelde, Rosenthal, Buchholz, Schönerlinde, Lübars, Müllersfelde, Lindenhof, Buch, Hohrechtsfelde, Schönow, Zepernick, Birkbusch, Karow, Schönwalde, Schmeckdorf, Hammelsluft, Dammwitz, Ladeburg, Rüdnitz, Bernau, Karlsluft und Albertshof.

Das städtische Nachrichtenamt in Charlottenburg teilt uns mit: Auf den städtischen Gütern sind meistenteils Kriegsgefangene beschäftigt, die von ihren Kommandos verpflegt werden. Die städtischen Arbeiter erhalten grundsätzlich keinerlei Naturalien.

*

Dem Neukölner Magistrat ist es gelungen, einen größeren Posten gelber Mohrrüben zu erwerben, die bei den Kleinhändlern zum Verkauf stehen. Die gelbe Mohrrübe ist in allem durchaus der roten Mohrrübe gleichwertig und übertrifft diese noch in dem an der Mohrrübe so geschätzten süßen Geschmack. Der Bevölkerung wird dringend empfohlen, von der günstigen Einkaufsgelegenheit reichlich Gebrauch zu machen.

Abschnitt 28 der für die Zeit vom 1. November bis 31. Dezember 1917 ausgegebenen Berlin-Wilmersdorfer Zuckerkarte ist ungültig. Es darf also auf Abschnitt 28 Zucker im Kleinhandel weder abgegeben, noch entnommen werden. Statt dessen können auf Abschnitt 28a der in der Zeit vom 17. bis 20. Dezember 1917 zur Ausgabe gelangenden neuen Berlin-Wilmersdorfer Zuckerkarte je 1½ Pfund Zucker (einschließlich einer einmaligen Sonderzulage von ½ Pfund) abgegeben und entnommen werden.

Der Strafantrag im Weißenseer Bankprozeß.

Im Weißenseer Bankprozeß, der seit Monaten vor dem Landgericht III stattfindet, haben heute die Plaidoyers begonnen.

Der Staatsanwalt beantragte zum Schluß seiner Ausführungen gegen Walter Kiesel Zuchthrafen in Gesamthöhe von 27 Monaten Gefängnis (vorbehaltlich der von dem mitwirkenden Staatsanwalts-Assessor Horn zu begründenden Gesamtstrafe) und höhere Geldstrafe; Angeklagten Walter Frick zehn Monate Gefängnis und 2100 Mark Geldstrafe; Angekl. Edm. Ulrich sechs Monate Gefängnis und 2100 Mark Geldstrafe; Henkel vier Monate Gefängnis und 850 Mark; Appelrath unter Freisprechung von der Anklage aus § 146 wegen Vergehens gegen § 147 in drei Fällen 3000 Mark Geldstrafe, Max Steinke wegen des gleichen Vergehens in vier Fällen 3000 Mark Geldstrafe; Mewes unter Freisprechung aus § 147, wegen Nichtanmeldung des Konkurses 200 Mark; Max Mehlhose gleichfalls 200 Mark Geldstrafe; Carl Baschin Freisprechung.

Das Urteil im Posener Getreideschiebungsprozeß.

Sechs Monate Gefängnis und 129000 Mark Geldstrafe.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

△ **Posen,** 18. Dezember.

Die hiesige Strafkammer verurteilte den Kaufmann Aronsohn wegen Getreideschiebungen zu sechs Monaten Gefängnis, die durch Untersuchungshaft als verbüßt erachtet sind, und zu 129 000 Mark Geldstrafe.

Die Kaiserin stattete heute in Begleitung der Gräfin v. Keller dem Orangerielagaret in Potsdam einen Besuch ab.

Der Landaufenthalt der Stadtkinder. Der Verein „Landaufenthalt für Stadtkinder" in Berlin veranstaltete seine dritte Ausschußsitzung. Aus dem vom Geschäftsführer des Vereins, Gerichtsassessor Grunenberg, erstatteten Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß 506 719 Kindern Landaufenthalt vermittelt werden konnte. Die Gewichtszunahmen schwankten zwischen 6 und 42 Pfund, bei einer durchschnittlichen Gewichtszunahme von 10 bis 12 Pfund. Wegen Heimwehs, Krankheit oder aus sonstigen Gründen haben durchschnittlich etwa 10 v. H. den in der Regel mindestens vier Monate dauernden Landaufenthalt verlassen. Die Knaben haben sich meist besser bewährt als die Mädchen, doch sind die Erfahrungen sehr verschieden.

Keine Verlängerung der Weihnachtsferien. Der Magistrat der Stadt Wilmersdorf hatte bei der Schulaufsichtsbehörde beantragt, die Weihnachtsferien bis zum 17. Januar zu verlängern, um so Kohlen zu ersparen. Wie wir hören, hat die Aufsichtsbehörde dieses Ersuchen für die höheren Schulen bereits abgelehnt. Für die Gemeindeschulen ist die Ablehnung gleichfalls zu erwarten. Die Ablehnung bezieht sich auf alle Schulen Groß-Berlins.

Die Beschlagnahme der Türklinken. Unter Vorsitz des Ministerialdirektors Müller fanden im Reichsamt des Innern und später im Kriegsministerium wegen der Beschlagnahme der Türklinken und Fensterolven für Heereszwecke Verhandlungen zwischen Vertretern der Reichs- und Staatsbehörden, des Deutschen Wirtschaftsbundes und der Wirtschaftlichen Vereinigung des Bundes Berliner Grundbesitzervereine statt. Das Ergebnis der Besprechungen war, daß volle Uebereinstimmung für die Grundsätze, nach denen die Enteignung durchgeführt werden soll, zwischen den ausführenden amtlichen Organen und dem Hausbesitz erzielt wurde.

Mit Mann und Maus gesunken. Die Agence Havas meldet aus Toulon: Der Zweimastschoner „Marie Louise Elisabeth" ist im Sturm gegen die Küste geworfen worden, wo er mit Mann und Maus untergegangen ist.

Allgemeine Wetteraussichten für Deutschland. Zunächst größtenteils trocken, aber vielfach neblig, später im östlichen Ostseegebiete geringe Niederschläge.

Morgen voraussichtliches Wetter in Berlin und Umgegend. Etwas kälter, zeitweise nebelig, sonst trocken und ziemlich heiter.

* Schadenberechnung beim Verzug.

Rechtsanwalt Dr. Lesser-Berlin schreibt uns:

„Bekanntlich steht das Reichsgericht auf dem viel angefochtenen Standpunkt, dass der Kaufmann, der einen Gegenstand des täglichen Bedarfs zu einem niedrigen Preise erworben und zu dem inzwischen erheblich gestiegenen Marktpreis weiter veräussert hat, sich eines Verstosses gegen die Preissteigerungsverordnung schuldig macht. Diesen Grundsatz wenden die Gerichte auch auf die Fälle an, in denen der Käufer einer Ware von dem Verkäufer, der mit der Lieferung in Verzug geraten ist, Schadensersatz wegen Nichterfüllung begehrt und als Schadensersatz im Wege der sogenannten abstrakten Schadenberechnung die Differenz zwischen dem niedrigen Einstandspreise und dem am Stichtage bedeutend höheren Marktpreise verlangt. Man kann jetzt diesen Einwand fast täglich bei derartigen Schadensersatzprozessen hören, und der mit der Lieferung im Verzug befindliche Verkäufer braucht dann dem Käufer nicht die ganze Differenz als Schadensersatz zu vergüten, sondern lediglich den geringen Zuschlag auf den Einstandspreis, der als angemessener Gewinn in Frage kommt. Ganz anders aber liegt der Fall, wenn der Käufer die sogenannte konkrete Schadenberechnung wählt, mit anderen Worten, wenn er sich auf Kosten des Verkäufers eindeckt. In diesem Falle kann ihm letzterer unmöglich entgegenhalten, dass der Deckungskauf zu einem Preise vorgenommen sei, welcher von dem ursprünglichen Vertragspreise übermässig abweicht; denn es ist natürlich das unbestrittene Recht des Käufers, sich die ihm nicht gelieferte Ware anderweitig zu beschaffen. Verfährt der Käufer auf diese Weise, so wird er praktisch in der Mehrzahl der Fälle zu dem gleichen Resultat gelangen, als wenn er gleich die Differenz zwischen Einstands- und Marktpreis verlangt, aber jetzt muss ihm der säumige Verkäufer auf jeden Fall die volle Differenz erstatten, weil dem Verkäufer durch Vornahme des Deckungskaufs tatsächlich ein Schaden in dieser Höhe entstanden ist. Ob jetzt der Käufer etwa verpflichtet ist, die solcher Gestalt erworbene Ware unter dem Preise des Deckungskaufs weiter abzugeben, weil ja dieser Preis sich für ihn effektiv um die vom Verkäufer zu leistende Schadensersatzsumme vermindert, ist eine andere Frage, kann aber jedenfalls niemals einen Einwand für den auf Vergütung des tatsächlich zunächst entstandenen Schadens in Anspruch genommenen Verkäufer bilden. Man sieht also, dass man die durch die reichsgerichtliche Rechtsprechung hervorgerufenen Bedenken am besten auf die Weise beseitigen kann, dass man die konkrete Schadenberechnung wählt — in verstärktem Masse erscheint ferner der vom Reichsgericht aufgestellte Grundsatz, dass in der Differenz zwischen Einstands- und Marktpreis unter Umständen eine übermässige Preissteigerung liegen kann, bedenklich, wenn es sich um die Einfuhr im neutralen Ausland zu niedrigen Preisen erworbener Ware handelt, besonders wenn der Kauf dort in Markwährung abgeschlossen ist und allein durch inzwischen eingetretene Valutaverschlechterung für den Importeur sich ein Vorteil ergibt. In diesen Fällen wird, da ausserdem auch im neutralen Auslande eine ständige Preissteigerung bei Gegenständen des täglichen Bedarfs stattfindet, der Kaufmann meistenteils die Ware lieber im Auslande zum dortigen Marktpreise weiter verkaufen, weil er dort eine ihm dies verwehrende Gesetzgebung nicht zu befürchten hat, oder aber versuchen, durch Dazwischenschieben ausländischer Kettenhändler die Ware zu einem so teueren Preise ins Inland zu schaffen, dass die Differenz zwischen diesem und dem inländischen Marktpreis nur noch den ihm zugebilligten angemessenen Gewinn darstellt. Auf jeden Fall ergibt sich, dass der vom Reichsgericht aufgestellte Grundsatz nicht gerade zur Förderung unserer Einfuhrwirtschaft beiträgt."

*

Den vorstehenden Ausführungen stimmen wir im allgemeinen zu. Wenn aber auch die von Dr. Lesser herangezogene Art, wie die Gerichte mit Rücksicht auf die bekannten Wucherverordnungen den abstrakten Schaden berechnen, den Ansprüchen der Praxis nicht immer entspricht, so steht die Auffassung doch mit den allgemeinen Rechtsgrundsätzen über den Schadenersatz durchaus im Einklang. Die abstrakte Schadenberechnung stützt sich bekanntlich nicht unbedingt auf die Differenz zwischen dem Einstandspreis und dem Marktpreis am Stichtage, sondern ganz allgemein auf den Schaden, der nach dem „gewöhnlichen Verlauf der Dinge" ohne Rücksicht auf den Einzelfall zu erwarten ist. Träfe das erstere zu, so gäbe es im Kriege, jedenfalls in sehr vielen Fällen, überhaupt keine abstrakte Schadenberechnung, da eben kein Marktpreis im Friedensinn vorhanden ist. (Die bekannte Wucherverordnung spricht von der Berücksichtigung der Marktlage, nicht des Marktpreises). Forscht man aber nach, welcher Schaden in einem bestimmten Falle „nach dem gewöhnlichen Verlauf" der Dinge zu erwarten ist, so muss man zu dem Ergebnis kommen, dass er nicht höher sein kann als der vom Gesetzgeber gestattete geringe Gewinn. Nicht nur nach dem gewöhnlichen Verlauf der Dinge, sondern sogar kraft Gesetzes hätte nämlich niemand der die betreffende Ware zu einem bestimmten Preise kaufte, mehr verdienen können und dürfen als den gestatteten Zuschlag. Anders liegen die Dinge bei der konkreten Schadenberechnung insbesondere in dem Falle, dass der konkrete Schaden auf Grund eines Deckungskaufes berechnet wird. Hier kann, worauf Lesser mit Recht hinweist, der Käufer den gesamten Schaden ersetzt verlangen, der durch Vornahme des Deckungskaufes entstanden ist. Nur erscheint uns ein Punkt sehr wichtig, den Lesser kurz andeutet. Der Käufer darf bei einem Weiterverkauf nicht seinen Einstandspreis zugrunde legen, sondern letzteren nur abzüglich der ihm geleisteten Schadensersatzsumme. Denn nach dem Sinne der Wucherverordnung ist unter Einstandspreis nicht der buchmässig bezahlte Preis, sondern die Summe zu verstehen, die der Verkäufer wirtschaftlich hat aufbringen müssen. Wirtschaftlich hat er aber nur die um den Schadenbetrag verminderte Summe aufzubringen gehabt. Auch juristisch leuchtet diese Konstruktion ein. Nach dem Gesetze besteht nämlich das Wesen des Schadenersatzes darin, dass der Geschädigte so gestellt wird, als sei die schädigende Handlung nicht eingetreten. Der Weiterverkäufer ist also nach Empfang des Ersatzes so anzusehen, als hätte er nicht den Deckungspreis, sondern den Vertragspreis bezahlt. Dies Ergebnis entspricht übrigens auch durchaus dem Billigkeitsempfinden, weil niemand dadurch einen besonderen Gewinn erzielen soll, dass ihm ein anderer schadenersatzpflichtig geworden ist. — Was den zweiten Teil der Lesserschen Ausführungen über die Verhinderung der Einfuhr durch die Rechtsprechung des Reichsgerichts angeht, so sei noch auf eine damit im Zusammenhang stehende Entscheidung des Reichsgerichts hingewiesen. Nach ihr muss jemand, der blanco verkauft, unter Umständen einen Preisnachlass bewilligen, wenn ihm ein aussergewöhnlich guter Einkauf gelingt. Dadurch unterdrückt das höchste Gericht sogar das Bestreben, im Inland billig einzukaufen, wodurch selbstverständlich rein automatisch eine Steigerung des allgemeinen Preisniveaus herbeigeführt wird.

---

* **Die Braunkohlen- und Brikett-Industrie Akt.-Ges.** in Berlin weist für 1916/17 ein Gesamtroherträgnis von 4 120 409 M. (1915/16: 3 979 353) aus. Die Verwaltung bemerkt im Geschäftsbericht, dass die Selbstkosten eine bisher nicht gekannte Höhe erreichten und im ersten Halbjahr ein erhebliches Zurückgehen der Erträgnisse bewirkten, da eine angemessene Erhöhung der Preise nach langen Verhandlungen mit dem Handelsministerium erst Ende Januar 1917 durchgeführt werden konnte. Die Steigerung der allgemeinen Unkosten, Zinsen, Steuern usw. zehrte den grössten Teil des Mehrerträgnisses auf, so dass nach Abschreibungen von wieder 1 750 000 M. ein Ueberschuss von 1 358 443 M. (1 329 021) verbleibt. Berücksichtigt man allerdings dass darin diesmal nur ein Vortrag von 235 882 M. gegen einen solchen von 371 555 M. im Vorjahre enthalten ist, so ergibt sich, dass der Reingewinn mit 1 162 561 M. diesmal nicht unbeträchtlich höher ist als der vorjährige von 957 466 M. In der Bilanz erscheinen unter anderem Bestände mit 1,9 (1) Mill. M., Schuldner mit 1,9 (1) Mill. M., darunter 0,2 (3) Mill. M. Bankguthaben. Wertpapiere mit 0,1 (0,5) Mill. Mark. Die Kreditoren sind von 5,4 auf 7,5 Mill. M gestiegen, darunter die Bankschulden von 3,8 auf 5,5 Mill. M. Bekanntlich schlägt die Verwaltung zur Herabminderung der Bankschuld sowie zum Erwerb der Braunkohlen-Gewerkschaft Friedendorf eine Kapitalerhöhung von 8 auf 14 Mill. M. vor.

* **Gelsenkirchener Bergwerks-Akt.-Ges.** Zu einer Meldung aus Hamburg, nach der die neue Werftgründung der Gesellschaft in Flensburg mit einem Kapital von 17 Mill. M. ausgestattet werden soll, teilt die Verwaltung der Gelsenkirchener Bergwerks-Akt.-Ges. mit, dass sie dieser Angabe fernsteht. Irgend welche Entschlüsse über ihren Kapitalbedarf aus Anlass des Werfthauses und seine Deckung seien noch nicht gefasst. — Danach scheint festzustehen, dass die Gelsenkirchener Gesellschaft unter Aufwendung grösseren Kapitals eine Werft in Flensburg zu errichten beabsichtigt. Zweifelhaft ist nur, ob die Gesellschaft aus diesem Anlass — was übrigens gar nicht behauptet worden war — eine Erhöhung ihres Aktienkapitals vornehmen wird.

* **Schlesische Kohlen- und Kokswerke** in Gottesberg. Im Geschäftsjahre 1916/17 hat das von der Prager Eisenindustrie-Gesellschaft kontrollierte Unternehmen wesentlich besser als im Vorjahre gearbeitet. Der Rohgewinn stellt sich bei 2 625 742 M. (1915/16: 1 377 344) Gesamteinnahme auf 628 630 M. (182 363). Nach Abzug aller Lasten mit 1 397 712 M. (1 194 482) sowie nach Abschreibungen von 487 501 M. (503 196) bleibt ein Reingewinn von 140 529 M. (Verlust von 320 337), der dem Reservefonds zugeführt wird. Die mit 3 321 977 M. ausgewiesene Unterbilanz findet Deckung durch von der Generalversammlung am 7. Juli beschlossene Kapitalstransaktion, nach der das Grundkapital bei gleichzeitiger Vereinheitlichung durch Zusammenlegung der Stammaktien im Verhältnis von 10:1 von 6 auf 2½ Mill. M herabgesetzt wird. — Auf die Tagesordnung der ordentlichen Generalversammlung sind nachträglich Anträge eines Aktionärs gesetzt worden auf Aufhebung sämtlicher in der ausserordentlichen Generalversammlung vom 7. Juli 1917 gefassten Beschlüsse und auf Vorlegung sämtlicher mit der Prager Eisen-Industrie-Gesellschaft in Wien abgeschlossenen Verträge in der Generalversammlung und deren Nachprüfung, insbesondere bezüglich der vor dem Kriege und während des Krieges für Kokslieferungen von ihr gezahlten Preise.

* **Farbwerke vorm. Meister Lucius u. Brüning** in Höchst. In dem Prospekt über die zum Börsenhandel zugelassenen 14 Mill. M. neuen Aktien wird bemerkt, dass der Geschäftsgang im laufenden Jahre bisher im grossen und ganzen befriedigend war. Mit Rücksicht auf die neue Kapitalerhöhung steht eine entsprechende Herabsetzung der Dividende (1916: 25 pCt. auf 34 Mill. M. Aktienkapital) zu erwarten.

* **Hansabrauerei-Gesellschaft** in Hamburg. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 6 pCt. fest. Ueber den Antrag auf Verschmelzung mit der Billbrauerei konnte nicht Beschluss gefasst werden, weil eine ungenügende Zahl von Aktien vertreten war. Der Vorsitzende teilte mit, dass jetzt auch ein Antrag auf Verschmelzung der Hansa-Brauerei mit der Elbschloss-Brauerei vorliege. Die Elbschloss-Brauerei, die jetzt mit einem konkurrierenden Friedensangebot hervortritt, verfügt über ein Kapital von 2,5 Mill. M. Sie zahlte in den letzten Jahren Dividenden von 12 und 15 pCt.

* **k. Leipziger Bierbrauerei Riebeck & Co. Akt.-Ges.** Die Generalversammlung genehmigte die Dividende von 6 pCt. auf die Vorzugsaktien und von 10 pCt. auf die Stammaktien. An Stelle eines verstorbenen Aufsichtsratsmitgliedes wurde neu gewählt Geheimer Kommerzienrat Tobias (Leipzig). Ueber die Aussichten teilte Direktor Reinhardt mit, dass sich noch nichts Bestimmtes sagen lasse. Der Absatz dürfte wegen der geringen Malzzuteilung weiter zurückgehen und die Einnahmen sinken, während die Unkosten dauernd wachsen würden. Die Verwaltung hofft, dass es ihr aber wieder gelingen wird, einen Ausgleich zu schaffen.

* **In den Generalversammlungen der Brauereien Stern und Brauerei Kempff** in Frankfurt a. M. wurde die vorgeschlagene Aenderung des Gemeinschaftsvertrages und seine Verlängerung bis 1. September 1947 beschlossen. Wie mitgeteilt wurde, hat die Interessengemeinschaft im allgemeinen gut gearbeitet; abgesehen davon, dass eine Konkurrenz ausgeschaltet worden sei, haben sich grosse Vorteile durch gegenseitige Unterstützung für die Betriebe ergeben.

Eine Kapitalvermehrung der Pester Ungarischen Commercialbank um 20 auf 100 Mill. Kr. steht nach einer Meldung aus Budapest bevor.

Dividenden und Abschlüsse.

Vereinigte Metallwarenfabriken Akt.-Ges. vormals Haller & Co. in Altona-Ottensen: Nach Abschreibungen von 112 000 M. (1915/16: 55 000) und Gesamtrücklagen von 155 000 M. (50 000) 12 pCt. (8 pCt.). Nach Aussagen der Verwaltung ist der Bestand an Aufträgen bedeutend, und der Umsatz des neuen Geschäftsjahres bis zum heutigen Tage erheblich grösser als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Leipziger Wollkämmerei: Vorschlag wieder 8 Ct.

---

* An der Börse

trat nach der Aufwärtsbewegung der letzten Zeit heute ein Rückschlag ein, der im wesentlichen mit Realisationen in Zusammenhang gebracht wurde. Das Angebot war bei verhältnismässig geringen Geschäften nicht sehr erheblich, und die Kursrückgänge bewegten sich am Markte der „variablen Papiere" in ziemlich engen Grenzen. Eine wesentliche Abschwächung erfuhren von Rüstungswerten nur die Aktien der Rheinischen Metallwarenfabrik, in denen die Kursschwankungen nach wie vor sehr beträchtlich sind. Der Kursrückgang dieser Aktien trug zum Teil dazu bei die an und für sich nicht besonders widerstandsfähige Haltung der Börse zu beeinträchtigen. Die übrigen Rüstungswerte waren zwar meist gleichfalls niedriger, aber doch besser gehalten. Von Montanwerten waren nur die Aktien der Rombacher Hüttenwerke und anfangs die des Bochumer Vereins auf die angekündigte Kapitalserhöhung hin gebessert, die Aktien der Rheinischen Stahlwerke, der Kattowitzer Gesellschaft und der Mannesmann-Röhrenwerke waren behauptet, die übrigen Papiere abgeschwächt, besonders erheblich die der Harpener Bergbaues. Auch Schiffahrtswerte gaben im Durchschnitt nach. Von Elektrowerten konnten die Aktien der Felten-Guilleaume-Werke kräftig anziehen, die der Schuckert-Ges. waren nach den letzten Kursermässigungen etwas erholt, im übrigen waren die Kursänderungen nicht erheblich. Die Aktien der Deutschen Kaliwerke konnten ihren Kursstand etwas bessern. Von österreichisch-ungarischen Werten waren durch den festen Verlauf der gestrigen Wiener Börse nur die Aktien der Kreditanstalt und der Staatsbahn günstig beeinflusst, die Werte der Südbahn veränderten sich nur wenig, die der Türkischen Tabakregie und der Orientbahnen gaben nach. Für die Aktien der Prinz-Heinrich-Bahn zeigte sich etwas Interesse, die Werte der Grossen Berliner Strassenbahn gaben leicht nach.

Im Verlaufe des Verkehrs blieb die Gesamthaltung der Börse schwach. Die Aktien der Rheinischen Metallwarenfabrik gaben weiter nach.

Die Tendenz für Werte mit Einheitskursen war heute nicht gleichmässig. Höher sind u. a. zu erwähnen die Aktien der Roddergrube, der Egestorf-Maschinenfabrik, der Busch-Wagonfabrik, der Schriftgiesserei Huck, der Flöter Maschinenfabrik und des Sachsenwerks. Die Aktien von Terrain- und Baugesellschaften konnten vielfach anziehen. Schwächer waren u. a. die Aktien der Gaggenauer Eisenwerke, der Schwartzkopff Maschinenfabrik, der Wittener Gussstahlfabrik, der Simoniusschen Zellulosefabrik, der Ludwig Hupfeld-Gesellschaft und der Westfalia Zementfabrik.

Im freien Verkehr waren Petroleumwerte nach anfänglicher Festigkeit später niedriger. Russische Bankaktien konnten etwas anziehen.

Am Rentenmarkte waren heimische Anleihen zum Teil leicht abgeschwächt. Österreichisch-ungarische Anleihen, besonders die Kronenrenten konnten sich befestigen, auch russische Anleihen waren begehrt, die russischen Eisenbahnprioritäten konnten gleichfalls höher werden. Griechische, japanische und argentinische Anleihen gaben nach.

*

* **Zum Börsenhandel zugelassen** sind 600 000 M. neue Aktien der Schlesischen Mühlenwerke; 14 Mill. M. neue Aktien der Farbwerke vorm. Meister Lucius & Brüning in Höchst.

*

* **Aenderung der Notierungsart im Kassenverkehr.** Wie der Börsenvorstand bekanntgibt, werden vom 2. Januar 1918 an im jetzigen Kassaverkehr sowohl beim Einheitskurs, als auch im freien Verkehr die Notierungen im amtlichen Kursblatt nach Achtelprozenten vorgenommen. Die bisher in Verwendung gewesene Notierung von Zehntelprozenten entfällt von obigem Tage an.

---

* Waffenstillstand und Markvaluta.

Die Besserung des Preises der Reichsmark im Auslande, die in der letzten Zeit ein fast stürmisch zu nennendes Tempo gezeigt hatte, machte im Zusammenhang mit dem Abschluss des deutsch-russischen Waffenstillstandes gestern weitere Fortschritte. Besonders an den nordischen Plätzen zog der Preis der Markdevise kräftig an. Während am 15. dieses Monats für 100 M. in Kopenhagen (Sichtwechsel auf Hamburg) 55½ Kronen bezahlt wurden, erhöhte sich der Preis gestern auf 59 Kronen. In Stockholm, wo die Notierung für Sichtwechsel auf Berlin am 15 Dezember 51 Kronen gelautet hatte, hob sich der Preis am 17. Dezember auf 53 Kronen. Der Besserung des Preises der Reichsmark im Auslande lief parallel eine Verschlechterung des Preises für ausländische Wechsel am hiesigen Markte, doch hielt sich diese in engeren Grenzen. Der Preis für 100 Kronen telegraphische Auszahlung Kopenhagen ermässigte sich gestern im Vergleich mit dem Preise vom Sonnabend von 187 auf 186 M Brief, der Preis für 100 Kronen telegraphische Auszahlung Stockholm von 210½ auf 208½ M. Brief. Vergleicht man die Preise, die in den nordischen Ländern für die Reichsmark gezahlt werden, mit denen, die wir für nordische Kronen bewilligen, so ergibt sich, dass die Besserung des Preises der Reichsmark sich im Auslande schneller vollzogen hat, als bei uns die Verschlechterung der Kronen. An einem Beispiel soll das näher erläutert werden: 100 M. werden, wie wir oben gesagt haben, mit 59 Kronen in Kopenhagen bezahlt. Umgekehrt kosten hier aber auf Grund des gestrigen Kurses (von 186) 59 Kronen mehr als 100 M. Erst bei einem hiesigen Preise von 170 M. für 100 Kronen wäre das Gleichgewicht hergestellt. Der Kurs der schwedischen Krone dürfte bei uns nur 190 betragen, während in Wirklichkeit der Preis gestern hier noch 208½ M. war. Auch im Vergleich mit Holland und der Schweiz sind noch Differenzen vorhanden. Der Kurs für 100 M. war in Amsterdam gestern 40¾ Gulden: danach müsste bei uns der holländische Gulden mit 245 bewertet werden, während in Wirklichkeit die Bewertung sich auf 240½ belief. In der Schweiz schliesslich lautete die letzte Notierung 76 Fr. für 100 M., das entspräche einer Bewertung des Franc bei uns in Höhe von 131 M., in Wirklichkeit lautete der Kurs 134¾ M.

An der heutigen Börse hat sich die Abwärtsbewegung der ausländischen Wechselkurse fortgesetzt, so dass sich die erwähnte Bewertungsdifferenz von neuem verringert hat. Die heute festgestellten Notierungen bieten im Vergleich mit den gestrigen folgendes Bild:

Telegraphische Auszahlungen	13. 12. Geld	13. 12. Brief	17. 12. Geld	17. 12. Brief	Telegraphische Auszahlungen	18. 12. Geld	18. 12. Brief	17. 12. Geld	17. 12. Brief
Amsterdam fl.	243¾	244¼	243¾	244¼	Wien . . . Kr.	64,20	64,36	64,20	64,30
Rotterdam „					Budapest „	80	80½	80	80½
Kopenhagen Kr.	185¾	186¼	185¾	186¼	Sofia . . . Lv.	29,05	29,15	29,05	29,15
Stockholm „	208¼	209¼	208¼	209¼	Konstant. V. Pi.				
Christiania „	137¼	137¾	138¼	138¾	Madrid . . Pes.	129½	130¼	129½	131¼
Schweiz . . Fr.	132¼	132¾	132¼	132¾	Barcelon „				

Die neue starke Besserung des Kurses der Reichsmark in neutralen Ländern bzw. umgekehrt die Verschlechterung des Standes der ausländischen Wechselkurse in Deutschland ist ein Beweis für die lebhafte Spekulationstätigkeit, die in unserer Valuta stattgefunden hat. Es zeigt sich, dass diese noch weit grösser war, als man bisher angenommen hatte. Insbesondere ist auch aus dem Inlande in der letzten Zeit viel Material an den Markt gelangt, und es hat sich die Tatsache herausgestellt, dass Devisen direkt gehamstert worden sind.

Fonds-Telegramme.

Amsterdam, 17. Dezember. Ruhig. Wechsel auf Berlin 40,75 (K. v. 15.: 40,27½), auf Wien 24,90 (24,10), auf die Schweiz 53,55 (53,25), auf Kopenhagen 73,75 (74,70), auf Stockholm 80,50 (81,20), auf New-York 2,50 (—), auf London 11 (10,87½), auf Paris 40,60 (40,40), 5proz. Niederländische Staatsanleihe 100¾ (100¾). Obl. 5proz. Niederl. W. S. — (70¾). Königl. Niederländ. Petroleum 561½ (560½), Holland-Amerika-Linie 422½ (421½). Niederländisch-Indische Handelsbank 240 (—). Atchison, Topeka und Santa Fé 89 (—), Southern Pacific 87 (—). Union Pacific 118¾ (120¼). Anaconda 32½ (130). United States Steel Corp. 89 (89¼).

Kopenhagen, 17. Dezember. Sichtwechsel auf Hamburg 55,50 (K. v. 15.: 55,50), auf Amsterdam 168,50 (134), auf London 15,20 (14,75), auf Paris 57 (54,75).

Stockholm, 17. Dezember. Sichtwechsel auf Berlin 53 (K. v. 15.: 51), auf Amsterdam 128 (128), auf schweizerische Plätze 68 (66), auf London 14 (13,35), auf Paris 51,50 (50).

Amerikanische Kabel-Telegramme.

* **New-York,** 17. Dezember (Spezial-Kabeltelegramm.) Die Cape Copper Co. bringt eine Dividende von 4 sh. zur Verteilung. Das „Bankers Magazine" gibt den Wert der hauptsächlichsten Effekten an der Londoner Börse im Monat November auf 2 635 000 Pfd. Sterl. gegen 2 798 000 Pfd. Sterl. im Vormonat und 2 968 000 Pfd. Sterl. im Jahre 1915 an.

New-York, 17. Dezember. (Privat-Kabeltelegramm.)

	17 12	15 12.		17.12.	15.12.
Tendenz t. Geld	rest	nom.	N.-Y Ontario West.	13	13
Geld a. 24 Stunden	6	nom.	Norfolk u. Western	95½	96
Geld a. 24 Stund. l. D.	6	nom.	Northern Pacific	78	78
do. Paris (Sicht)	5,78¾	5,7550	Pennsylvania	43¼	43
do. Lond. (60T.g.)	4,7125	4,7125	Reading	67¼	67
Chile Transfers	4,7645	4,7645	Chic. R. Isl. Pac Railw	17½	17
Silber Bullion	85⅞	85⅞	Southern Pacific	78¾	78
North Pacific 3% Bds.	—	—	do. Railway	22⅝	22
San Franc. 4% Prior	—	—	do. do. pref.	55	56
Lien Bds. Ser. A.	—	—	Union Pacific	105⅝	106
San Franc 6% Income Bds. Ser. A.	—	—	do. pref.	70	70
San Franc. 6% Adjust	—	—	Wabash pref	37¾	37
Bonds	—	—	Western Maryland	—	—
South Pacific 4% Bds	—	—	American Can	—	—
Atchison Top. u. St. F6	78	79½	Amer. Car u. Foundry	56¼	63
Baltimore u. Ohio	46	46¼	American Locomotive	—	67
Canadian Pacific	135½	135¾	Vmerica Sugar Ref.	124	124
Chesapeake u. Ohio	43½	43½	Anac. Copper Mining	54½	56
Chicago, Milwaukee	39½	38½	Bethlehem Steel	68¾	67
Denveru. Rio Grande	5	5	Central Leather	—	—
Erie	13⅞	13¾	Consolidated Gas	78¼	78
Erie 1st pref.	19¾	19⅝	General Electric	120¾	119
Great Northern pref.	85	84½	Internat. Harvester	—	—
do. Ore Certif.	23⅝	24	Intern. Mercant. com.	—	15
Illinois Central	86	89	Intern. Mercant pref.	—	39
Interborough Consol.	6	6	National Lead	39	39
Lehigh Valley	51¾	51½	Republ. Iron u. Steel	—	—
Louisville u. Nashv.	109¾	107⅞	Unit. States Steel Corp.	89¾	89
Missouri, Kans u. Tex.	37¼	37¼	do do. pref.	104	106
Mat Railw. Mexikopr.	5	5	Utah Copper	71	71
Missouri Pacific n. A.	23	22	Virg. Carolina Chem.	—	—
N.-Y. Hudson River	66¼	66¾			

*) excl. Div.

Washington, 11. Dezember. Die Abteilung für landwirtschaftliche Produkte veröffentlichte heute das endgültige Ergebnis der diesjährigen Ernte. Danach stellt sich der Gesamtertrag von Winterweizen auf 418 070 000 Bsh. gegen 482 000 000 Bsh. im Vorjahr, von Frühjahrsweizen auf 232 760 000 Bsh. (158 000 000), der gesamten Weizens auf 650 830 000 Bsh. (640 000 000). Der Ertrag von Mais wird mit 3 159 500 000 Bsh. angegeben (2 583 000 000), von Hafer mit 1 587 300 000 Bsh. (1 252 000 000), von Gerste mit 208 980 000 Bsh. (181 000 000), von Roggen mit 60 145 000 Bsh. (47 000 000) und von Leinsaat mit 8 473 000 Bsh. (15 000 000). Was die Anbaufläche anbetrifft so waren mit Winterweizen 27 430 000 Acres bebaut gegen 34 820 000 Acres im Vorjahr, von Frühjahrsweizen 18 511 000 Acres (17 956 000), so dass bei mit Weizen überhaupt 45 941 000 Acres (52 785 000) bebaut waren.

Verantwortliche Redakteure: für Politik: Erich Dombrowski-Berlin; für Lokales, Vermischtes, Gerichtssaal und Sport: Arno Wendt; für das Feuilleton: Paul Block-Schöneberg; für die Handelszeitung: Dr. jur. Felix Pinner-Grunewald; für den übrigen Teil des Blattes: Albert Pitts-Charlottenburg; für die Inserate: Robert Grotte-Berlin.

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.